



19.310

**Standesinitiative Luzern.
Einführung einer CO₂-Abgabe
auf Flugtickets**

**Initiative déposée
par le canton de Lucerne.
Pour une taxe CO₂
sur les billets d'avion**

Vorprüfung – Examen préalable

CHRONOLOGIE

STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 02.03.21 (VORPRÜFUNG - EXAMEN PRÉALABLE)

19.314

**Standesinitiative Wallis.
Umweltabgabe auf Flugtickets**

**Initiative déposée
par le canton du Valais.
Pour une taxe environnementale
sur les billets d'avion**

Vorprüfung – Examen préalable

CHRONOLOGIE

STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 02.03.21 (VORPRÜFUNG - EXAMEN PRÉALABLE)

19.315

**Standesinitiative Freiburg.
Einführung einer Lenkungsabgabe
für den Flugverkehr**

**Initiative déposée
par le canton de Fribourg.
Introduction d'une taxe incitative
sur le trafic aérien**

Vorprüfung – Examen préalable

CHRONOLOGIE

STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 02.03.21 (VORPRÜFUNG - EXAMEN PRÉALABLE)





19.319

**Standesinitiative Bern.
Beitrag zum Erreichen der Klimaziele.
Falsche Anreize
zur Verkehrsmittelwahl ausmerzen
und Flugticketabgabe einführen!**

**Initiative déposée
par le canton de Berne.
Contribution à la réalisation
des objectifs climatiques.
Éliminer les mauvaises incitations
au choix du mode de transport
et taxer les billets d'avion**

Vorprüfung – Examen préalable

CHRONOLOGIE

STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 02.03.21 (VORPRÜFUNG - EXAMEN PRÉALABLE)

20.317

**Standesinitiative Neuenburg.
Für die Einführung
einer Flugticketabgabe**

**Initiative déposée
par le canton de Neuchâtel.
Pour introduire une taxe
sur les billets d'avion**

Vorprüfung – Examen préalable

CHRONOLOGIE

STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 02.03.21 (VORPRÜFUNG - EXAMEN PRÉALABLE)

Präsident (Hefti Thomas, erster Vizepräsident): Es liegt ein schriftlicher Bericht der Kommission vor. Die Kommission beantragt ohne Gegenstimme, den fünf Initiativen keine Folge zu geben.

Schmid Martin (RL, GR), für die Kommission: Wir haben verschiedenste Standesinitiativen aus den Kantonen Luzern, Wallis, Freiburg, Bern und Neuenburg, welche sich rund um den Themenkreis zur Einführung einer Flugticketabgabe bewegen. Es geht insbesondere um die CO₂-Abgabe und um die Vermeidung von Treibhausgasen im Zusammenhang mit dem Flugverkehr.





Alle Initiativen haben gemeinsam, dass sie in irgendeiner Art eine Lenkungsabgabe oder eine Flugticketsteuer fordern, welche sich auf Kurz- oder Langstreckenflüge beziehen und auch die Privatfliegerei und sogar den Charter-Verkehr einbeziehen sollen. Gleichzeitig sehen die verschiedenen Initiativen vor, dass ein Teil der Abgabe an die Bevölkerung zurückerstattet werden könnte, wie das die bisherige CO₂-Lenkungsabgabe auch vorsieht, und dass mit dem anderen Teil, je nachdem in anderer Ausgestaltung, eine Massnahme zur CO₂-Vermeidung ergriffen werden könnte. Es könnten auch alternative Verkehrsmittel gefördert werden, damit umweltschädliche Transporte vermieden werden könnten, und die Finanzierung könnte auch Massnahmen gegen den Klimawandel umfassen; insoweit ist es ein breiter Anwendungskreis.

Wir haben in der ständerätlichen UREK diese verschiedensten Standesinitiativen ohne Anhörung diskutiert und sind zum Schluss gekommen, dass wir Ihnen beantragen, allen Standesinitiativen keine Folge zu geben. Wir sind einstimmig dieser Auffassung, und die Begründung wird Sie auch nicht überraschen. Warum? Wir haben ja erst vor Kurzem in diesem Rat das CO₂-Gesetz beraten. Im Rahmen dieser Beratungen haben wir auch die Frage der Flugticketabgabe und der Belastung der Privatfliegerei bzw. der Vermeidung des CO₂-Ausstosses in diesem Sektor breit diskutiert und im neuen CO₂-Gesetz eine Abgabe zwischen 30 und 120 Franken pro Flugticket vorgesehen, je nach Reisedistanz und Beförderungsklasse. Zudem ist im CO₂-Gesetz auch eine Abgabe von 500 bis 3000 Franken pro Start für grosse Privat- und Businessjets festgelegt worden. In Kürze wird ja eine Volksabstimmung zum CO₂-Gesetz stattfinden. Sollte das Gesetz angenommen werden, würde es auf den 1. Januar 2022 in Kraft gesetzt. Insofern sind also all diese Anliegen in unserer parlamentarischen Beratung zum CO₂-Gesetz aufgenommen und teilweise bereits umgesetzt worden.

Mit Blick auf diese Ausgangslage beantragt Ihnen die Kommission einstimmig, diesen Standesinitiativen keine Folge zu geben.

19.310, 19.314, 19.315, 19.319, 20.317*Den Initiativen wird keine Folge gegeben**Il n'est pas donné suite aux initiatives***AB 2021 S 39 / BO 2021 E 39**